



Für eine lebendige Willkommenskultur

Kontroverse Debatte in Landtagssondersitzung zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

In einer mehr als sechsstündigen kontroversen Debatte hat sich der Thüringer Landtag im Rahmen einer von der CDU-Fraktion beantragten Sondersitzung am 24. August mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Thüringen befasst. Eine Regierungserklärung dazu gab Migrationsminister Dieter Lauinger. Für die Landesregierung sprachen außerdem Innenminister Holger Poppenhäger und zum Abschluss Ministerpräsident Bodo Ramelow.

In ihrer Rede hatte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, die Thüringer CDU dafür kritisiert, „aus der Flüchtlings- und Asylpolitik ein parteipolitisches Kampffeld zu machen“. Die CDU instrumentalisiere mit der von ihr beantragten Sondersitzung des Landtags „das Leid von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind, um mit Populismus gegen die Thüringer Landesregierung und die rot-rot-grüne Koalition ins Feld zu ziehen“. Das bedeute ein eklatantes Versagen des CDU-Vorsitzenden Mike Mohring: er setze „auf Populismus statt auf gemeinsames Handeln aller Demokraten“.

Mohring hatte der Landesregierung u.a. vorgeworfen, sie habe die Probleme verschärft. Dagegen betonte die LINKE-Fraktionsvorsitzende: „Die Thüringer Landesregierung und die rot-rot-grüne Koalition arbeiten daran, in ih-

rem Zuständigkeitsbereich die völlig überholte Flüchtlingspolitik zu reformieren.“ Der jetzt angesetzte Flüchtlingsgipfel der Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden sei dabei ein weiterer wichtiger Schritt. Sie begrüße ausdrücklich „den Kampf gegen rassistische Ressentiments, gegen rechte Gewalt und für die Integration von Flüchtlingen und für eine lebendige Willkommens-Kultur“.

Auf zahlreiche ungelöste Probleme verwies die Abgeordnete dagegen beim Bund und dort im Verantwortungsbereich von CDU und CSU. „Wie man wirklich chaotische Zustände provoziert“, könne man zudem derzeit vor allem in Sachsen unter der Verantwortung einer CDU-geführten Landesregierung beobachten. Sachsen sei derzeit kein „sicheres Ankunftsland“.

Als „Chance für uns betrachten“

Susanne Hennig-Wellsow rief „zur Arbeit an praktischen Fragen, zur gemeinsamen Suche nach Lösungen und zum Miteinander-Reden, statt Politik auf dem Rücken von Menschen“, auf.

Der eigentliche Skandal, so Minister Lauinger, sei, dass für die Unterbringung der Flüchtlinge der Bund nur fünf Prozent der Kosten trägt, dagegen die Länder 75 Prozent und die Kommunen 20 Prozent. „Der Bund muss sich endlich strukturell und dauerhaft beteiligen“, forderte er, wie auch die anderen

Redner der Koalition. So verwies der SPD-Fraktionsvorsitzende darauf, dass der Bund zur Bankenrettung innerhalb einer Woche 500 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt hatte.

Eine unsägliche Rede hielt der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Björn Höcke, zu der in der Debatte der Chef der Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin Immanuel Hoff, sagte: „Die NPD von Mecklenburg-Vorpommern rechts zu überholen, das muss man erstmal schaffen.“

Ministerpräsident Bodo Ramelow hatte ein modernes Zuwanderungsrecht gefordert und appelliert, die Menschen, die hier Schutz suchen, als „Chance für uns zu betrachten“. Wir sollten sie „als Teil unserer Bürgergesellschaft aufnehmen und ihnen die Möglichkeit geben, Lohn und Brot selbst zu verdienen“. Dies auch mit Blick auf die Tatsache, dass in Thüringen in zehn Jahren 200.000 Facharbeiter gebraucht würden. Zudem müsse die Bundesregierung „das machen, was dringend notwendig ist, uns begleiten, dass Integration gelingen kann und Flüchtlinge nicht zu einem Thema werden, bei dem sich unsere Gesellschaft und unsere Bürger in Angst und Schrecken versetzt sehen“.

Im nächsten Parlamentsreport eine ausführliche Berichterstattung zur Sondersitzung, die zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe stattfand. ■

Kommunale Integrationskonzepte unterstützen

Zum CDU-Antrag zur Landtagssondersitzung hatten die Koalitionsfraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Alternativen Antrag eingebracht, den die LINKE Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sabine Berninger, in der Debatte begründet und erläutert hatte. Darin heißt es u.a.:

„Der Landtag setzt sich für eine menschenrechtsorientierte und humanistische Flüchtlingspolitik ein, bei der neben der menschenwürdigen Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Geflüchteten eine individuelle und sorgfältige Einzelfallprüfung des Anspruchs auf Asyl im Vordergrund steht.“

Es folgen 12 Punkte, mit denen der Landtag die Landesregierung unterstützt, darunter bei „der Schaffung eines menschenrechtsorientierten Ein-

wanderungsgesetzes, welches unser Aufenthalts- und Asylrecht um ein Einwanderungsrecht ergänzt“, bei der „zeitnahen Einführung einer Gesundheitskarte, um eine bessere medizinische Versorgung zu gewährleisten“, „kommunale Integrationskonzepte als Grundlage einer menschenwürdigen Aufnahme und qualifizierten Sozialbetreuung zu initiieren und zu unterstützen und die solidarische, ehrenamtlich und zivilgesellschaftlich in vielen Thüringer Gemeinden geleistete Hilfe für geflüchtete Menschen durch Ehrenamtskoordination zu unterstützen und damit zur Stärkung praktischer Willkommenskultur beizutragen“.

In weiteren fünf Punkten bittet der Landtag die Landesregierung u.a., zu prüfen, „wie auf Bundesebene sichergestellt werden kann, dass Asylsuchenden zusätzlich zur Aufenthaltsgewährung zum Zwecke der Berufsausbildung ein Aufenthaltstitel bei der

Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis für die ersten zwei Jahre nach der Ausbildung, während eines Studiums sowie bei nachgewiesener Ausübung einer Berufstätigkeit erteilt wird“.

Außerdem dankt der Thüringer Landtag „allen, die sich tagtäglich haupt- und ehrenamtlich für eine gute Asyl- und Flüchtlingspolitik in Thüringen einsetzen. Ihr Engagement verbessert nicht nur die Bedingungen von Geflüchteten in diesem Land. Sie leisten damit auch einen wichtigen Beitrag für eine demokratische Kultur“.

Ebenso gelte „all jenen Dank und Anerkennung, die sich bei rassistischen und rechtsextremen Kundgebungen und Aufmärschen schützend vor Flüchtlingsunterkünften stellen und Vorurteilen und rassistischen Ressentiments argumentativ begegnen“.

KOMMENTIERT:

Katharina König

Unheilvolle Allianz

Die Statistik der Opferberatungsstelle ezra über rechte Gewalttaten im ersten Halbjahr 2015 in Thüringen verdeutlicht deren signifikanten Anstieg. Neonazis aber auch Rassisten treten wieder selbstbewusster und aggressiver auf und schrecken vor offener Gewalt kaum noch zurück.

Im Zuge der Aufdeckung des NSU und der Schwäche der NPD hat die Naziszene eine Weile verunsichert gewirkt und sich auch weitgehend zurückgehalten. In den letzten Jahren ist aber ein Mentalitätswandel spürbar. Man setzt die schon vorher angewandten Strategien des Kampfes um die Straße und der Schaffung „nationaler“ Zentren und Wohnprojekte fort. Schon Ballstädt hat gezeigt, mit welcher Brutalität und Skrupellosigkeit organisierte Nazis vorgehen. Attacken, wie in Saalfeld am 1. Mai, stehen nur für die Kontinuität dieser Entwicklung.

Angesichts wachsender MigrantInnenzahlen steigt auch die Gefahr weiterer rassistischer Angriffe. Dabei fühle ich mich stark an die frühen 1990er Jahre erinnert, als aufgrund hoher Flüchtlingszahlen Neonazis Hand in Hand mit damaligen WutbürgerInnen gegen Asylunterkünfte und Gastarbeiter vorgehen. Grauensvolle rassistische Morde und Pogrome sind damals die Folge gewesen.

Auch heute besteht wieder die Gefahr einer unheilvollen Allianz von als Bürgerinitiativen firmierenden Nazis über ausländerfeindliche Ressentiments widerkäuende WutbürgerInnen bis hin zu MedienvertreterInnen und PolitikerInnen von AfD und CDU, die einer repressiven Flüchtlingspolitik das Wort reden und zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen unterscheiden, damit faktisch ganze Gruppen von MigrantInnen stigmatisieren und als Sündenböcke brandmarken. Solche Argumentationsmuster weisen starke Parallelen zur „Das Boot ist voll“-Rhetorik auf, mit der letztlich die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl vorbereitet wurde. Nicht zuletzt der NSU-Untersuchungsausschuss in Thüringen hat für die 1990er Jahre festgestellt, dass sich die Nazis damals durch die ausländerfeindliche Grundstimmung in Politik, Medien und Gesellschaft bestätigt und bestärkt fühlten und daraus die Legitimation für selbst schwerste Gewalttaten bezogen. Es gilt daher jetzt umso mehr, sich klar und rückhaltlos nicht nur gegen Nazis und Rassisten zu positionieren, sondern sich auch mit allen Flüchtlingen zu solidarisieren und ihnen Schutz zu gewähren! ■

Politisch entscheidungsfähig

Aus dem Plenarprotokoll der ersten Lesung der Gesetzentwürfe zur Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre

Die Gesetzentwürfe der Landesregierung zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen und des Thüringer Wahlgesetzes für den Landtag sowie zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes befinden sich unter der Überschrift „Herabsetzung des Wahlalters in Thüringen auf 16 Jahre“ gegenwärtig auch im Diskussionsforum auf der Landtags-Internetseite.

Unter <https://forum-landtag.thueringen.de/dokument/herabsetzung-des-wahlalters-thueringen-auf-16-jahre-können-bürger-den-abgeordneten-dazu-ihre-meinung-mitteilen>. Folgend Auszüge aus dem Plenarprotokoll der Landtagsdebatte vom 19. Juni:

Udo Götze, Staatssekretär:

Natürlich ist sich die Landesregierung bewusst, dass darüber diskutiert werden kann, was das geeignete Wahlalter ist. Dies wird sicherlich auch noch Gegenstand der weiteren parlamentarischen Debatte sein. Die Landesregierung ist jedenfalls der Auffassung, dass 16- und 17-Jährige in Thüringen verantwortlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können. Eine zwingende Verknüpfung zwischen dem aktiven Wahlrecht auf kommunaler Ebene mit der Volljährigkeit im privat- und strafrechtlichen Sinn gibt es nicht.

Die Erfahrungen in den anderen Bundesländern zeigen auch hier, dass Jugendliche bereits vor Vollendung des 18. Lebensjahrs politisch entscheidungsfähig sind und ihr aktives Wahlrecht verantwortlich wahrnehmen. So hat mittlerweile die Mehrheit der Flächenbundesländer das Wahlrecht ab Vollendung des 16. Lebensjahrs eingeführt. Darüber hinaus besteht es in Berlin für die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung, in Bremen für die Wahl der Ortsbeiräte sowie in Hamburg für die Wahl der Bezirksversammlung. Gründe, warum gerade Jugendliche in Thüringen nicht über die erforderliche Reife und das Allgemeinwissen verfügen sollen, sehe ich ausdrücklich nicht. Bei den nächsten Kommunalwahlen werden damit etwa 30.500 jugendliche Erstwähler aktiv wahlberechtigt sein.

Jörg Kellner, CDU:

Die Absenkung auf das Wahlalter mit 16 würde aus unserer Sicht auch eines zur Folge haben, dass der Wahlkampf nicht nur draußen auf der Straße stattfindet, sondern unter Umständen auch in den Schulen schon stattfindet, weil da die größte Zielgruppe ist.

(Zwischenruf Frank Kuschel, DIE LINKE: Was ist daran so schlimm?)

Ja, wir reden vielleicht auch von Parteien, die wir nicht unbedingt an Schulen haben wollen, und das ist auch unsere Sorge. Und dass Jugendliche schneller empfänglich sind für radikale Denkweisen und radikales Handeln, das ist uns doch sicherlich auch bekannt. Auch das ist mehrfach festgestellt worden, dass junge Leute an der

Stelle unter Umständen hinters Licht geführt werden oder auf den falschen Weg.

(Dirk Adams, B90/DIE GRÜNEN: Das kann auch anderen passieren!)

Da muss man vorsichtig sein, wenn Sie diesen Wahlkampf in Schulen tragen. Ich will jetzt nicht von der Neutralitätspflicht in Schulen sprechen, die auch eine Rolle spielt.

Diana Lehmann, SPD:

Es gibt eine ganze Reihe von Argumenten, die dafür sprechen, das Wahlalter abzusenkten, zum Beispiel die Erfahrung, die wir mit den U-18-Wahlen vor jeder Landtagswahl machen. Dort zeigt sich, dass junge Menschen Interesse an Politik haben und dass sie sehr wohl in der Lage sind, sich mit politischen Inhalten, mit den Themen, die wir als Parteien setzen, auseinanderzusetzen. Es ist aber auch ein Beitrag dazu, mehr Mitbestimmung junger Menschen zu ermöglichen, weil wir Menschen auch zeigen, dass wir ihnen Verantwortung übertragen und weil wir ihnen die Möglichkeit geben, ihre Entscheidungen selbst zu treffen. Mitbestimmung funktioniert eben nicht, wenn ich ihnen schlussendlich nicht die Möglichkeit gebe, auch eine Entscheidung zu treffen.

Junge Menschen haben, auch bevor sie 18 sind, die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, welche Ausbildung sie aufnehmen. Auch das ist eine Entscheidung, die eine relativ große Reichweite für den Rest ihres Lebens hat.

(Jörg Kellner, CDU: Aber nur für sich machen die das!)

Ja, ganz genau. Die entscheiden für sich. Das hat für die eigene Biografie eine ganz – ja, aber meine Wahlentscheidung hat für meine Biografie auch eine entscheidende Rolle.

Kati Engel, DIE LINKE:

Prof. Dr. Rolf Oerter, emeritierter Professor für Entwicklungspsychologie der Uni München, hat festgestellt, dass wir ab 16 Jahren „Jugendlichen das allgemeine Wahlrecht zusprechen“ können. Denn die „intellektuelle Entwicklung des Jugendlichen befindet sich im Alter von 16 Jahren bereits auf dem Höhepunkt. Bezüglich des formal-logischen Denkens, des hypothetischen und relativistischen Denkens gibt es keine Unterschiede zum Erwachsenen. Bezüglich ihres Wissens sind sie im naturwissenschaftlichen Bereich und teilweise auch im politischen Bereich dem durchschnittlichen Erwachsenen infolge ihrer Nähe zum Bildungseinfluss nicht selten überlegen.“

Dem durchschnittlichen Erwachsenen nicht selten überlegen! Und Sie, liebe CDU, haben Angst, dass 16-Jährige, falls sie wählen dürfen, Extrempositionen wählen würden, was im Übrigen auch sehr witzig ist, weil uns gleichzeitig vorgeworfen wird, dass wir versuchen, mit der Absenkung des Wahlalters unseren eigenen Stimmernhalt zu sichern.

Ich wusste gar nicht, dass die Grünen jetzt auch als extreme Partei gezählt werden. Ich finde den inflationären Sonnenblumengebrauch der Grünen auch ein bisschen nervig, aber den gleich als extrem einzustufen, schießt dann doch über das Ziel hinaus. Aber ernsthaft, die CDU braucht da gar keine Angst zu haben. Auch bei den U18-Wahlen in Thüringen im letzten September war die CDU die stärkste Kraft. Die Linke hatte übrigens bei den U18-Wahlen

(Jörg Kellner, CDU: Was nehmen Sie denn an? Das stimmt doch gar nicht!)

satte 14 Prozent weniger. Dies ist aber für unsere Partei eine Herausforderung, der wir uns sehr gern stellen. Soviel zum Thema Stimmenfang. Und wissen Sie, wie viel Prozent bei der U18-Wahl für die NPD gestimmt haben? 3,6 Prozent. Und jetzt kommt es. Wissen Sie, wie viel bei der offiziellen Landtagswahl für die NPD gestimmt haben? Auch 3,6 Prozent. Sehen Sie, so extrem sind unsere Jugendlichen. Davon abgesehen, dass es natürlich beide Male 3,6 Prozent zu viel waren.

Mittlerweile ist es in vier Bundesländern für Jugendliche ab 16 Jahren möglich, bei den Landtagswahlen wählen zu gehen und zwar sind das Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Und wissen Sie was? Die gibt es noch, die sind nicht untergegangen. Das einzige, was sich dort geändert hat, ist dass die Politiker jetzt die Jugendlichen ernster nehmen.

Denn plötzlich müssen die auch so unbeliebte Themen wie Jugendarbeitslosigkeit oder Kinderarmut bearbeiten, da das ja jetzt alles plötzlich potenzielle Wähler sind. Die Parteien sind in diesen Bundesländern gezwungen, sich Themen und Stile zu überlegen, die auch junge Leute ansprechen, was wiederum direkte Auswirkung auf das politische Interesse junger Leute hat.

Stephan Brandner, AfD:

Werte Frauen Engel und Lehmann, Ihre Reden haben so ein bisschen Anlass gegeben, darüber nachzudenken, ob man nicht vielleicht das Wahlalter für das passive Wahlrecht auf 25 oder 35 hinaufsetzen sollte, zumindest bei Menschen weiblichen Geschlechts, die der Antifa nahestehen.

(Astrid Rothe-Beinlich, B90/DIE GRÜNEN: Das ist sexistisch!)

(Katharina König, DIE LINKE: Sexistisches Arschloch!)

Präsident Christian Carius:

Dafür bekommen Sie einen Ordnungsruf, Frau König.

Stephan Brandner, AfD:

Ich gebe Ihnen recht dabei, das bestätigt sich für mich, wenn ich so ein bisschen nach links gucke, dass es auch genug seltsame volljährige Menschen gibt, die sich in die Politik gezogen fühlen und in der Politik aufgeschlagen sind. Das rechtfertigt allerdings nicht, das Wahlalter grundsätzlich auf 16 Jahre abzusenkten.

Dirk Adams, B90/DIE GRÜNEN:

Wissen Sie, Herr Brandner, von Ihnen brauche ich vor allen Dingen keine Stichworte, weil das, was Sie nicht nur hier am Pult, sondern auch was Sie hier immer wieder als Zwischenrufe bringen, doch eines beweist, dass Alter an sich nichts über Vernunft aussagt.

Ich will eins nur ganz klar für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sagen – und ich denke, dass ich vielleicht auch für die anderen Fraktionen hier noch sprechen darf –: Wer hier im Hohen Haus dieses Freistaats Thüringen glaubt, dass es im Jahr 2015 angebracht ist, darüber zu reden, dass man Frauen, die der Antifa nahestehen, doch irgendwie das Wahlrecht aberkennen sollte, ist einfach so etwas von daneben!

Andreas Bühl, CDU:

Dann könnte man noch darüber sprechen, ob man das Wahlalter auf 16 absenkt, wenn man anfängt, früher junge Menschen für Politik zu interessieren. Wenn man schon anfängt, in der Schule früher über Parteien zu informieren, dann hätten die jungen Leute auch die Chance, sich entsprechend richtig und gut informiert zu fühlen und sich dann auch zu entscheiden.

(Madeleine Henfling, B90/DIE GRÜNEN: Es geht nicht um Information, sondern um Mitbestimmung!)

Steffen Dittes, DIE LINKE:

Sie haben gesagt, die geringe Wahlbeteiligung bei den Wahlen rechtfertigt es gerade nicht, das Wahlalter abzusenkten. Wie begründen Sie es dann, dass Sie die Position nicht vertreten, Menschen in der Alterskategorie 31 bis 34 Jahre das Wahlrecht abzuerkennen, weil dort die Wahlbeteiligung beispielsweise bei der Europawahl unter 40 Prozent liegt? Da muss Ihnen doch eine Argumentation einfallen. Die würde ich gern mal hören.

Andreas Bühl, CDU:

Was ist denn das für eine Frage? Nur weil irgendwo die Wahlbeteiligung noch niedriger ist, müssen wir uns doch nicht Gedanken machen, wo wir weitere Kategorien aufmachen, wo dann die Wahlbeteiligung auch niedrig ist.

(Sabine Berninger, DIE LINKE: Das ist aber der logische Schluss, den Sie zulassen.)

Dann sollten Sie sich doch lieber fragen, warum die Wahlbeteiligung in dieser Alterskategorie so gering ist. Was können wir tun, damit dort die Menschen zur Wahl gehen?

Die Gesetzentwürfe wurden zur weiteren Beratung in den Innen- und Kommunalausschuss, den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Der Innen- und Kommunalausschuss hat dabei die Federführung.

Konflikte vorprogrammiert

„Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt gegen Flüchtlinge, Polizei und Rettungskräfte“

Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, und Steffen Dittes, Sprecher für Innenpolitik der Linksfraktion, hatten eine schnelle Aufklärung der Vorkommnisse in Suhl (19./20.8.) und humanitäre Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge gefordert. „Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt gegen Flüchtlinge, Polizeibeamte und Rettungskräfte, jedoch darf die Versorgung und Unterbringung in der Erstaufnahmeeinrichtung nicht außer Acht gelassen werden“, so Steffen Dittes. Es sei dem Handeln von Polizei und Rettungskräften zu verdanken, dass eine weitere Eskalation und damit eine Gefährdung Dritter schnell ausgeschlossen war.

Sabine Berninger sieht die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen als begünstigend für auftretende Konflikte zwischen den Bewohnern. „Es fehlt in derartigen Einrichtungen an Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten für die Flüchtlinge, soziale und religiöse Konflikte sind vorprogrammiert und verständlich, gerade wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit teils traumatischen Fluchterfahrungen und ungewisser Perspektive auf engstem Raum zusammen wohnen müssen. Die sozialen und Sicherheitsdienste sind mit der Lage überfordert und können keine kontinuierliche, sichere Betreuung der Flüchtlinge gewährleisten“, so die Abgeordnete. Die Einrichtung in Suhl ist für 1200 Flüchtlinge ausgelegt, jedoch wohnen derzeit um die 1700 Flüchtlinge provisorisch dort.

Es muss eine humanitäre Wohnsituation geschaffen werden, sodass diese Brennpunkte möglichst verringert oder vermieden können. „Die Inbetriebnahme der Einrichtung in Mühlhausen und das Ausweichen auf Ohrdruf sind ein Anfang. Es braucht aber weitere Standorte und möglicherweise auch bisher unkonventioneller Unterbringungsmöglichkeiten. Dezentrale Unterbringung, auch eine Öffnung des Wohnungsmarktes oder private Hilfe

z.B. durch bereits hier lebende Verwandte der neu ankommenden Flüchtlinge, könnten mögliche Varianten sein, die derzeitige Situation zu entlasten“, erläuterte Sabine Berninger.

Steffen Dittes sagte, dass die Polizei- und Sicherheitskräfte in den Bereichen der interkulturellen und interreligiösen Kompetenzen weitergebildet werden müssen, um bei Konfliktsituation deeskalierend wirken zu können. „Menschen fliehen auf Grund der Bedrohung um Leib und Leben aus ihren Herkunftsländern. Es wäre fatal, Abschiebungen als Element des Strafrechts zu implizieren. Thüringen sowie die Bundesrepublik haben eine gesetzliche Verpflichtung und eine humanitä-

ben der Regierungskoalition sowie Vorstellungen der Linksfraktion in diesem Themenfeld berichtet.

Es sei wichtig, mit den Polizeibeamten vor Ort zu reden, zumal sich die Koalitionsfraktionen auf eine Überprüfung und Fortsetzung der im Jahr 2012 vollzogenen Polizeistrukturreform in Thüringen verständigt haben, betonte der Abgeordnete, der auch Vorsitzender des Innenausschusses im Landtag ist. Er sei bei seiner Sommertour auf große Offenheit gestoßen. Nun müssten „ehrliche Entscheidungen getroffen werden“, denn „ein Schwebezustand ist nicht zufriedenstellend“. So werde seit Jahren über die Entlastung von polizeifremden Aufgaben ge-



Pressegespräch am 20. August mit Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, und Dr. Stefan Wogawa, Pressesprecher der Fraktion.

Foto: Peter Lahn

re Verantwortung. Asyl ist ein Grundrecht, das jedem Menschen bis zur endgültigen Prüfung und Entscheidung zusteht“, so Steffen Dittes. Beide Abgeordnete verwiesen darauf, dass sich die CDU konstruktiv an einer Lösung der aktuellen Problemlage beteiligen und für eine stärkere Willkommenskultur einsetzen solle.

Nach der Sommertour bei Polizeieinrichtungen

Vor dem Hintergrund seiner Sommertour bei verschiedenen Einrichtungen der Thüringer Polizei hatte Steffen Dittes in einem Pressegespräch am 20. August über innenpolitische Vorha-

redet, „wir müssen die Diskussion beenden und es entscheiden“. Aus den Gesprächen habe er auch eine Unzufriedenheit der Beamten zu ihren Entwicklungsperspektiven mitgenommen. Zwar habe die Landesregierung Beförderungen nachgeholt, „aber der Beförderungsstau ist noch nicht aufgelöst“.

Natürlich müsse die Polizeistrukturreform, zu deren Evaluation jetzt auch eine Expertenkommission gebildet wurde, nicht zuletzt in Einklang gebracht werden mit der in Thüringen anstehenden Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform. „Die Polizei muss handlungsfähig sein und flächendeckend vor Ort, um Gefahrensituationen begegnen zu können.“

Geburten

Im Jahr 2014 wurden in Thüringen 17 887 Geburten und 26 957 Sterbefälle registriert. Das sind 461 Geburten mehr (2,6 Prozent) und 636 Sterbefälle weniger (2,3 Prozent) im Vergleich zum Jahr 2013. Wie das Landesamt für Statistik mitteilt, wurden in Thüringen so viele Kinder geboren wie seit 1991 nicht mehr.

Die ansteigende Zahl an Geburten bei gleichzeitigem Rückgang an Sterbefällen führte im Jahr 2014 zu einer leichten Verminderung des sogenannten Geburtendefizits in Thüringen. Dieses lag mit 9 070 Personen um 1 097 Personen niedriger als noch 2013. Damit wurde der Trend des wachsenden Geburtendefizits, welcher seit 2010 erkennbar war, gestoppt.

Schwerbehinderte

Anlässlich der Arbeitsmarktzahlen vom Juli hatte die Thüringer Arbeits- und Sozialministerin, Heike Werner (DIE LINKE) auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung hingewiesen. „Im Freistaat sind 7,5 Prozent aller Arbeitslosen schwerbehindert. Das ist mehr als im Bundesdurchschnitt und deutlich mehr im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern. Die Thüringer Unternehmen müssen sich stärker engagieren, um diese ungenutzten Potentiale zu heben und dauerhaft so viele Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen wie möglich. Das ist auch ein wichtiger Baustein, um hierzulande den Fachkräftebedarf langfristig zu decken.“

DDR-Geschiedene

Nach einer Gesprächsrunde mit Mitgliedern des „Verains der in der DDR geschiedenen Frauen e.V.“ kritisierte Mdl. Karola Stange: „Auch 25 Jahre nach dem Ende der DDR weigert sich die Bundesregierung, eine Lösung für die Probleme der nach DDR-Recht geschiedenen Frauen zu finden. Viele von ihnen müssen von einer kargen Altersrente leben, obwohl sie zu Zeiten der DDR mit einer ausreichenden Altersrente rechnen konnten.“ Erst Anfang Juli hat der Bundestag eine Sammelpetition von rund 75.000 Petenten abgelehnt, die auch darauf gerichtet war, Regelungen für einen rentenrechtlichen Nachteilsausgleich für nach DDR-Recht geschiedene Frauen zu beschließen.

VON A BIS Z:

Fachausschüsse

Die Aufgaben und Themenbereiche, die der Landtag zu bewältigen hat, sind so umfangreich und vielfältig, dass das Plenum als Ganzes sich nicht mit jeder Einzelfrage befassen kann. Vor diesem Hintergrund besteht die Hauptaufgabe der zehn Fachausschüsse darin, über die vom Plenum überwiesenen Vorlagen, also Gesetzentwürfe und sonstige Anträge, sehr genau zu beraten. Die Ausschüsse haben die Aufgabe, dem Landtag bestimmte Beschlüsse zu empfehlen, die dann im Plenum zur Debatte und zur Abstimmung gestellt werden. Oft führen sie Anhörungen von Sachverständigen und Interessenvertretern durch. Darüber hinaus nehmen sie gegenüber der Landesregierung eine wichtige Kontrollfunktion wahr. Regierungsmitglieder sind verpflichtet, den Ausschüssen Rede und Antwort zu stehen.

Die Abgeordneten arbeiten auch in weiteren Gremien und Kommissionen. Dazu gehören der Vorstand und der Ältestenrat. Untersuchungsausschüsse, die schon von einem Fünftel der Abgeordneten ins Leben gerufen werden können, haben die Aufgabe, Sachverhalte zu untersuchen, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt. Enquetekommissionen bereiten Entscheidungen über besonders umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte vor. Mit speziellen rechtlichen Fragen befassen sich die G10-Kommission, die Parlamentarischen Kontrollkommission (ParlKK) und der Wahlprüfungsausschuss.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Nach der Sondersitzung des Thüringer Landtags vom 24. August sind planmäßig folgende Plenarsitzungstermine bis zum Jahresende, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, anberaumt: 9. bis 11. September, 30. September bis 2. Oktober, 4. bis 6. November, 25. bis 27. November sowie 16. bis 18. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer Landtagssitzung bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Bildung macht Thüringen stark

Die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow, und der bildungspolitische Sprecher, Torsten Wolf, haben den Schulleitern, Lehrern und Erziehern sowie Schülerinnen und Schülern zum Start des neuen Schuljahres alles Gute und viel Erfolg gewünscht.

„Wir wissen alle, wie wichtig Bildung für den weiteren Lebensweg ist. Es ist für uns, die Thüringer LINKE, zentral, die Bildung zu stärken, wenn es darum geht, Thüringen eine gute Zukunft zu sichern“, betonte Susanne Hennig-Wellsow. Die Landesregierung habe bei ihrem Schwerpunkt, beste Bildungschancen mit guten Arbeitsbedingungen an den Schulen zu verbinden, Wort gehalten: die Einstellung von mindestens 500 Lehrern im Jahr, die Schaffung einer Vertretungsreserve, die Verbesserung der Finanzierung der Freien Schulen sowie die Unterstützung bei der Integration von Flüchtlingskindern sind wichtige Schritte dahin. „In den nächsten Monaten werden wir mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 die begonnene Entwicklung verstetigen und den Schulen damit Planungssicherheit geben“, so die Fraktionsvorsitzende. Torsten Wolf: „Gute Schule braucht Verlässlichkeit und Entwicklung. Zur Weiterentwicklung des Schulgesetzes zu einem inklusiven Schulgesetz werden wir den Schulen, den Lehrer-, Eltern- und Schülervertretungen Angebote zur Beteiligung unterbreiten.“ ■

Torsten Wolf weist CDU-Kritik zurück

„Es stimmt: Für die Ausbildung der Referendare brauchen wir vor allem mehr Fachleiter. Doch dass die Zahl der Fachleiter seit 2008 zurückging, ist – so ehrlich muss man sein – eben gerade Folge der CDU-Politik“, so MdL Torsten Wolf. „Es war die CDU, die 2008 im Besoldungsgesetz an dieser Stelle für Einsparungen gesorgt hat. Thüringen ist heute das einzige Bundesland, in dem es für Lehrer, die andere Lehrer ausbilden, keine eigene Gehaltsstufe gibt. Es ist frech und spricht für politische Amnesie erster Güte, wenn der CDU-Abgeordnete Tischner jetzt wie Kai aus der Kiste auftaucht und Änderungen fordert, die die CDU gestern noch herbeigewünscht hat. Die Landesregierung tut alles, um eine gute Ausbildung von Referendaren zu ermöglichen. In Südthüringen wurden gerade zwei Ausbildungsverbände neu vorbereitet. Aber wir müssen noch weitere Fehler der CDU beheben, damit die Lehrerausbildung deutlicher ausgebaut werden kann.“ ■

Familien unterstützen

Koalitionsfraktionen im Thüringer Landtag hatten zum Fachgespräch eingeladen

Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen, Karola Stange (DIE LINKE), Birgit Pelke (SPD) und Babett Pfefferlein (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßten die Offenheit und Beteiligung der eingeladenen Vereine, Verbände und Kommunen während des Fachgesprächs am 20. August im Thüringer Landtag zu „Unterstützungsmöglichkeiten für Mehrkindfamilien“, zu dem sie eingeladen hatten und aus dem sie eine Vielzahl an Handlungsaufträgen mitnahmen.

„Neben höheren finanziellen Belastungen, mit denen diese Familien fertig werden müssen, brauchen sie oft eine größere Wohnung, ein größeres Auto und werden mehr familiär in Anspruch genommen als Familien mit nur

einem Kind“, erläuterte Babett Pfefferlein, familienpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Situation von Mehrkindfamilien zu Beginn der Veranstaltung.

Sie verwies dabei auf den „2. Thüringer Familienbericht“ vom November 2014. Danach sei die Zahl der Familien mit drei und mehr Kindern mit 5,9 Prozent aller Familien (ca. 12.000 Familien) gleich geblieben. Familien mit mehreren Kindern stünden im Lebens- und Arbeitsalltag vor besonderen Herausforderungen. „Als Gesprächspartner von SPD, LINKE und Bündnis 90/Die Grünen wurden explizit Familien, Vereine, Verbände und Kommunen eingeladen, die sich tagtäglich mit den Interessen und Bedürfnissen von Familien mit Kindern beschäftigen“, so Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der

Linksfraktion. Neben der grundsätzlichen Frage nach Unterstützungsmöglichkeiten für Mehrkindfamilien waren auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Nutzung kostenpflichtiger Freizeitangebote, Gebührenordnungen auf Landesebene und verschiedene Beratungsmöglichkeiten für Familien Themen der Diskussion.

„Die Wünsche der Familienvertreterinnen und -vertreter an die Politik reichen von umfassenden Ermäßigungen bei der Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs und dem Besuch öffentlicher Einrichtungen über eine größere Transparenz bei der Berechnung von Kita- und Hortgebühren bis hin zum Erhalt der guten Thüringer Beratungsstrukturen“, so Birgit Pelke, familienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

„Um ein familienfreundliches Thüringen für die Menschen in allen Regionen zu erreichen, haben wir im Koalitionsvertrag ein Programm ‚Solidarisches Zusammenleben der Generationen‘ vereinbart“, erklärte Birgit Pelke. Damit sollen familienunterstützende Leistungen in den Kommunen gemeinsam mit den familienpolitischen Akteuren konzipiert werden.

„Wir als familienpolitische Sprecherinnen wünschen uns von den Ministerien, dass bei der Erarbeitung von Richtlinien und Verordnungen verstärkt auf deren Familientauglichkeit geachtet wird“, so Karola Stange. „Das Fachgespräch war ein Auftakt für weitere Gespräche im Rahmen einer neuen Kommunikationskultur zwischen Politik, Verbänden und Kommunen. Ziel ist es, die Unterstützungsmöglichkeiten für Familien mit mehreren Kindern auszuloten, um im Laufe der Legislaturperiode Wege zur Verbesserung der Situation dieser Familien zu erreichen“, sagte Babett Pfefferlein. ■



Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Birgit Pelke, familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, und Babett Pfefferlein, familienpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. (v. l.)

Tilo Kummer: K+S muss Haftungsfragen dringend klären

Auf die Forderung des CDU-Landtagsabgeordneten Michael Heym, für den Kalikoncern K+S sei angesichts der Übernahmebestrebungen durch ein kanadisches Unternehmen auch „politische Rücken-deckung erforderlich“, reagierte der umweltpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Tilo Kummer:

„Die bisherige Politik der LINKEN, den Kalikoncern betreffend, richtete sich stets auf den Erhalt des Unternehmens und dessen Arbeitsplätze. Jedoch musste stets auch auf die umweltschädigenden Produktionsbedingungen, insbesondere in Bezug auf die Entsorgung salzhaltiger Produktionsabwässer und den Umgang mit ökologischen Altlasten, hingewiesen werden.“

Diese scheinen sich zunehmend als Ewigkeitslasten herauszustellen. Sollte die Übernahme des Düngemittelherstellers K + S durch die Potash Corpo-

ration of Saskatchewan (PCS) wahrscheinlicher werden, stehen deshalb Fragen der zukünftigen Bergwerkssicherung und entsprechende Haftungsregelungen ganz oben auf der politischen Agenda.“

Tilo Kummer verwies in diesem Zusammenhang auf die Antworten auf Kleine Anfragen „Umweltvorsorge in der Kaliindustrie“ aus dem Jahr 2011, die jeweils von den Linksfractionen im Thüringer und Hessischen Landtag wortgleich an die Landesregierungen gerichtet worden waren. Bei der Frage nach dem Rechtsverhältnis zwischen dem Mutterkonzern Kali und Salz AG und der Tochtergesellschaft Kali und Salz GmbH in Bezug auf mögliche Schäden im Zusammenhang mit Kaligewinnungsprozessen seien die Antworten unterschiedlich ausgefallen.

„In Hessen war die Aussage, dass in jedem Fall der Mutterkonzern auch Verluste der Tochter auszugleichen hätte. In Thüringen hieß es: „Mithin

haftet die K+S AG im Regelfall nicht für mögliche Schäden, die mit der Geschäftstätigkeit der K+S Kali GmbH im Zusammenhang stehen.“ Tilo Kummer bekräftigte die Forderung nach einer Patronatserklärung des Mutterkonzerns für die Tochtergesellschaft im Hinblick auf Haftungsfragen im Umweltschutz, insbesondere auch in der Nachbetriebsphase. „Es geht z. B. um die dringende Einführung einer Versatzpflicht für Bergwerksareale mit Satzungserscheinungen. Zudem müssen durch den Bergwerksbetreiber, unabhängig davon, wer dies künftig sein wird, ausreichend Rücklagen gebildet werden.“

Thüringen ist bereits heute von einer immensen Kostenlast bei der Bewältigung der Altlastenfrage betroffen. Besteht diese auch weiter, wenn K+S vielleicht gar nicht mehr produziert?“ Es sei „also fünf Minuten vor Zwölf, diese Dinge endlich sauber zu klären.“ ■

DAS INTERVIEW

Steuergerechtigkeit darf kein Tabu sein

Nachgefragt bei Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion

Bei einem Pressegespräch im Juli hatte Frank Kuschel erklärt, dass die Thüringer Kommunen ihre Einnahmemöglichkeiten nicht ausschöpfen und einen Spielraum von insgesamt 120 Millionen Euro im Jahr ausgemacht. Daraufhin hagelte es Kritik, die Belastungsgrenze der Bürger sei längst überschritten, die Kommunen hätten sehr wohl ihre Hausaufgaben gemacht, das Land müsse sie besser finanziell besser ausstatten. Wir fragen nach: Warum jetzt eine Debatte über Steuer- und Abgabenerhöhungen in den Kommunen?

Seit über 20 Jahren gibt es in Thüringen Streit über die Kommunal Finanzen. Die Kommunen können derzeit nur rund 27 Prozent ihrer Einnahmen über eigene Steuern abdecken, fast 60 Prozent der Einnahmen sind Landeszuweisungen. Die kommunalen Steuereinnahmen betragen nur 60 Prozent des

steuer überhaupt nicht betroffen. Fast 90 Prozent der Thüringer Gemeinden und Städte haben bei der Gewerbesteuer einen Hebesatz von unter 400 Prozent. Bis dahin können jedoch die Einzelunternehmer, die 60 Prozent der Gewerbesteuerzahler ausmachen, ihre Gewerbesteuer vollständig mit der veranlagten Einkommenssteuer verrechnen.

Die Gemeinden tun also ihren Gewerbetreibenden überhaupt keinen Gefallen, denn was diese an Gewerbesteuer „sparen“ zahlen sie als Einkommenssteuer. Jedoch können die Gemeinden die erhöhte Gewerbesteuer vollständig behalten, während die Einkommenssteuer zu 85 Prozent dem Landes- und Bundeshaushalt zufließt. Deshalb rege ich eine Erhöhung des

Die Gewerbesteuer wird bei diesen Unternehmen zunächst für die Gemeinde festgesetzt, in der sich der Firmensitz befindet. Anschließend wird diese Gewerbesteuer auf die einzelnen Gemeinden, in denen das Unternehmen Betriebsstätten unterhält, aufgeteilt. Es muss eigenständig dem Finanzamt seine Betriebsstätten mitteilen. Manche Unternehmen versäumen dies, was für sie keine Auswirkungen hat, weil die Gesamtsteuerbelastung unverändert bleibt. Doch die betroffenen Gemeinden verlieren Einnahmen. Durch stärkere Kontrollen könnte hier mehr Steuergerechtigkeit hergestellt werden. Dies ist gerade für Thüringen wichtig, weil hier viele Unternehmen aus den alten Bundesländern Betriebsstätten unterhalten.

nicht gerecht. Auch hier gibt es Erfassungsprobleme bei den Finanzämtern, wodurch den Gemeinden Einnahmen verloren gehen. Davon profitieren einzelne Grundsteuerpflichtige. Gerecht ist das aber nicht. Und in manchen Gemeinden gibt es dazu öffentliche Debatten. Steuergerechtigkeit darf gerade für die LINKE kein Tabu sein.

Auch der Vorschlag, dass die Kommunen für einzelne Leistungen höhere Gebühren und Entgelte erheben sollen, ist scharf kritisiert worden.

Mir geht es um die Umsetzung des Waffenrechts, die Erteilung von Baugenehmigungen oder die Zulassung von Kraftfahrzeugen. Diese Bereiche wer-



Auf großes Interesse war die Veranstaltung im Thüringer Landtag mit Vertretern aus den Bürgerinitiativen für sozial gerechte Kommunalabgaben gestoßen, zu der die Linksfraktion am 18. August eingeladen hatte. Vor allem ging es dabei um die Begrenzung der rückwirkenden Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Wie diese letztlich erfolgen soll, werde derzeit zwischen den drei Regierungsfractionen und der Landesregierung diskutiert, betonte Frank Kuschel (Foto l.) und verwies auf ein weiteres jetzt anstehendes Treffen.

Fotos: A. Rudolph



Bundesdurchschnitts, die Wirtschaftskraft 71 Prozent. Die Thüringer Kommunen können ihre Steuerschwäche nicht aus eigener Kraft beheben. Doch es muss statthaft sein, auf Einnahmemöglichkeiten hinzuweisen, zumal, wenn dies überhaupt nicht zu einer höheren Belastung der Steuerpflichtigen führt oder Ungleichbehandlungen beseitigt werden.

2005 gab es dazu auch ein Urteil des Landesverfassungsgerichts.

Es hat entschieden, dass das Land zwar für eine auskömmliche Finanzierung seiner Kommunen sorgen muss, aber sie zugleich verpflichtet sind, ihre Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen. Von den neun Milliarden Euro des Landeshaushalts fließen über drei Milliarden in die Kommunen, die über fünf Milliarden Euro im Jahr ausgeben. Die von mir aufgezeigten Einnahmepotenziale von 120 Millionen Euro sind also ein Anteil von rund 2,4 Prozent. Ich warne vor Dramatisierungen.

Keine Mehrbelastung von Steuerpflichtigen trotz Steuererhöhungen – wie soll das funktionieren?

Es geht um die Gewerbesteuer, die nur das Unternehmen zahlt, das auch kräftig Gewinne macht, in Thüringen nur jedes sechste Unternehmen. 85 Prozent sind also von der Gewerbe-

Hebesatzes auf 400 Prozent an. In der Summe bleibt die Steuerbelastung für die Gewerbetreibenden gleich. Und nach den jüngsten Steueränderungen würden Einzelunternehmen erst bei einem Hebesatz von 695 Prozent stärker belastet werden als früher. Keine Thüringer Kommune ist auch nur in der Nähe dieses Hebesatzes.

Sie kritisieren die geringe Dichte der Betriebsprüfungen, wodurch den Kommunen Einnahmen verloren gehen?

In Thüringen werden die Unternehmen durchschnittlich alle 13 Jahre steuerlich geprüft. Bei nahezu allen Prüfungen kommt es zu Nachforderungen und zwar nicht, weil bei Steuerklärungen getrickst wird, sondern weil das Gewerbesteuerrecht so kompliziert ist.

Die Kommunen können aber Steuernachzahlungen für maximal vier Jahre rückwirkend geltend machen. Die Lösung sind mehr Steuerprüfer. Anderswo werden schon in den Städten eigene Steuerprüfer eingestellt. Das lohnt sich richtig. Rund 350.000 Euro fließen pro Steuerprüfer zusätzlich in die kommunalen Kassen.

Probleme gibt es auch bei der Verteilung der Gewerbesteuer von Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten?

Auch bei der Grundsteuer sind Sie für Erhöhungen, obwohl diese Steuer alle belastet, Eigentümer wie Mieter?

Rund vier Prozent der Wohnkosten entfallen auf die Grundsteuer, das meiste sind Heizungskosten, Wasser-, Abwasser- und Abfallgebühren, Gebäudeversicherungen, der Hausmeisterdienst. In Thüringen betragen die Grundgebühren rund zehn Cent pro Quadratmeter Wohnfläche im Monat. Trotzdem ist es Fakt, dass eine Erhöhung der Hebesätze eine Mehrbelastung für alle bedeutet, wenn auch auf geringem Niveau. Die Bezieher von Sozialleistungen sind jedoch überhaupt nicht betroffen, weil für sie die Grundsteuer in voller Höhe bei den Kosten der Unterkunft übernommen wird.

Deshalb empfehle ich vorrangig keine Erhöhung der Hebesätze bei der Grundsteuer, sondern eine Anpassung der Besteuerungsgrundlagen. Alle Gebäude, an denen seit 1990 keine genehmigungspflichtigen Umbau- oder Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, werden noch nach den Einheitswerten aus dem Jahr 1935 besteuert.

Alle Neubauten und sanierten bzw. umgebauten Gebäude hingegen werden nach dem aktuellen Herstellungswert besteuert. Dies führt dazu, dass in einer Gemeinde die Grundsteuer um bis zu 40 Prozent abweicht. Dies ist

den meist aus allgemeinen Haushaltsmitteln bezuschusst, obwohl nur der Einzelne profitiert. Gleichzeitig werden Sozialleistungen und kulturelle Angebote gekürzt. Hier brauchen wir ein Umdenken. Die LINKE sollte den Mut haben, auch den „Gegenwind“ der Lobbyisten auszuhalten.

Wie ist die reale Situation der Thüringer Kommunen?

Im vergangenen Jahr hatte jede zehnte Gemeinde keinen Haushalt, weil die geplanten Einnahmen geringer waren als die prognostizierten Ausgaben. Jede sechste Kommune war und ist in der Haushaltssicherung, jede zweite konnte nur aus Rücklagen den Haushalt ausgleichen und jede vierte Gemeinde hat keine Rücklagen mehr.

Welche Chancen sehen Sie für die Umsetzung Ihrer Vorschläge und Forderungen?

Es sind Diskussionsangebote. Ich wollte die Potenziale deutlich machen. Dass darüber kontrovers diskutiert wird, war klar. Was tatsächlich umgesetzt werden kann, entscheiden zum größten Teil die Kommunen selbst. Die Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung haben Verfassungsrang. Hier kann der Gesetzgeber nur bedingt direkt eingreifen.

Zukunftsfähigkeit der Theaterlandschaft sichern

MdL Katja Mitteldorf: „Wir stehen zu unseren Theatern und Orchestern“

„Seit einiger Zeit werden sehr intensive Gespräche zwischen der Landesregierung, den Trägerkommunen und den Theatern und Orchestern geführt, um gemeinsam die Zukunftsfähigkeit unserer Thüringer Theaterlandschaft auch über die nächsten fünf Jahre hinaus zu sichern“, sagte die stellvertretende Vorsitzende und kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Katja Mitteldorf. „Sobald die Gespräche abgeschlossen sind, wird das gemeinsam und auf Augenhöhe erarbeitete Konzept vorgelegt werden.“

„Die Zeit bis dahin sollte allen handelnden Personen auch gegeben und nicht reflexartig nach einer Presseveröffentlichung (Thüringische Landeszeitung vom 20. August) nach Ergebnissen gerufen werden, die noch gar nicht vorliegen“, so die Abgeordnete mit Blick auf eine Pressemitteilung der CDU-Fraktion vom gleichen Tag.

Bis dato habe sich die CDU auch eher wenig für die kulturpolitische Entwicklung interessiert. „Als sie noch einen Kulturminister stellte, war das einzige kulturpolitische Konzept der CDU eine Kürzung des Gesamtetats um zehn Millionen Euro. Hier von ‚einfühlsamer Kulturpolitik‘ zu sprechen, ist eine Farce und ein Schlag ins Gesicht der Intendanten und Theatermacher, die sich sehr engagiert seit vielen Monaten in Arbeitsgruppen mit der Frage der zukünftigen Theater- und Orchesterstruktur beschäftigen. Vielleicht sollte der CDU-Abgeordnete Jörg Kellner nicht nur Zeitung lesen, sondern sich auch mal persönlich mit den Theatermachern unterhalten.“ Wie „einfühlsam“ die CDU-Fraktion wirklich mit der Kultur umgehe, sei auch daran zu erkennen, dass sie beim Landeshaushalt 2015 Mittelkürzungen im Kulturbereich beantragt hatte.

Katja Mitteldorf verwies auf den Koalitionsvertrag, „in dem eindeutig festgehalten ist, dass wir die Mittel für die

hutsam und ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen. Grundlage der Gespräche mit Intendanten und Kommunen war und ist die Vereinbarung, dass zunächst in einem nichtöffentlichen Raum unterschiedliche Varianten entwickelt und abgewogen werden.

Die Thüringischen Landeszeitung (TLZ) hat nun heute Zwischenstände aus diesem Prozess, Dokumente geleakt. Das ist ihr gutes Recht als Zeitung. Ob es der kulturpolitischen Debatte nützt, steht auf einem anderen Blatt. Theaterträger, Intendanten und das Land haben sich gemeinsam darauf verständigt, vertrauensvoll und in einem nichtöffentlichen Raum Varianten zu diskutieren, also auch mal schwarze Schwäne zu denken, um dann nach Abwägung einzelne dieser Varianten wieder zu verwerfen. Im Konsens. Auf Basis dieser Debatte soll dann im Oktober ein abgestimmter Vorschlag entstehen, der öffentlich diskutiert werden kann. Nicht in jedem Bundesland wird derzeit der Versuch unternommen, vertrauensvoll und gemeinsam an der Lösung von Herausforderungen im Theaterbereich zu arbeiten, um z.B. die Tariflücke bei den Beschäftigten zu schließen. Die Veröffentlichung von Zwischenständen und das Erwecken des Eindrucks von betriebsbedingten Kündigungen in den Theatern schafft jedoch nur eins: Es werden Ängste und Befürchtungen geschürt, vor allem bei den Beschäftigten. Das ist nicht sinnvoll.“

„Seit Beginn des Jahres führt die Staatskanzlei mit den kommunalen Trägern und Theaterintendanten Gespräche über die von allen Beteiligten gesehene Notwendigkeit von Strukturveränderungen zur Sicherung von Qualität und Angebot. Ziel ist es, langfristig stabile Strukturen zu schaffen sowie Finanzierungssicherheit und Tarifgerechtigkeit herzustellen. Ein Umbau soll be-

„Kein Lob des Status quo“

Unter der Überschrift „Kein Lob des Status quo“ hat sich Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Chef der Thüringer Staatskanzlei und Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, als Freitag-Community-Mitglied am 20. August in einem ausführlichen Beitrag (<https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/kein-lob-des-status-quo>) geäußert. Er schreibt u.a.:

„Seit Beginn des Jahres führt die Staatskanzlei mit den kommunalen Trägern und Theaterintendanten Gespräche über die von allen Beteiligten gesehene Notwendigkeit von Strukturveränderungen zur Sicherung von Qualität und Angebot. Ziel ist es, langfristig stabile Strukturen zu schaffen sowie Finanzierungssicherheit und Tarifgerechtigkeit herzustellen. Ein Umbau soll be-

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Der Abschied des „Sonntagsredners“

Mit geradezu grotesken Vorschusslorbeeren war er seinerzeit ins Amt gehievt worden: Paul-Josef Raue sei „einer der erfahrensten und renommiertesten deutschen Chefredakteure“, hatte die WAZ-Gruppe behauptet, als sie ihn an die Spitze der Thüringer Allgemeinen (TA) setzte. Das roch bereits unangenehm.

Jetzt, fast sechs Jahre später, firmiert die einstige WAZ-Gruppe als Funke-Mediengruppe (in Thüringen immer noch Monopolist – aber mit drastisch gesunkener Auflage); von ihr wurde im August offiziell mitgeteilt, Raue habe sich „große Verdienste“ um die TA erworben und zudem „enorm viele Urlaubstage angesammelt“. Die bizarre Verlautbarung garnierte diesmal den Abgesang: Raue verlasse seinen bis Ende Oktober laufenden Vertrag auf eigenen Wunsch vorzeitig.

Andere hatten ohnehin schon früher ein alternatives Bild vermittelt. Raue sei demnach als „der Sonntagsredner“ bekannt, hieß es, oder – noch delikater – als „Doppel-D“ berüchtigt: das stehe für „Dampfplauderer und Despot“. Unter dem Titel „Ein Mann sieht rot“ hatte auch ich 2011 einen längeren kritischen Beitrag über Raue veröffentlicht. Das führte zu allerlei Aufgeregtheiten in der TA-Chefetage – und zu einer Reihe von sehr aufschlussreichen Mails von Kollegen, die bei dem Blatt arbeiteten...

Mediales Gossen-„Niveau“ blieb das Metier Raues bis zum Schluss. Über „Banausen in der Regierung“ keifte er in einem Kommentar noch am 21. August (laut MDR-Bericht sein letzter Arbeitstag). Hinsichtlich des Chefredakteurs kann es wohl nur besser werden bei der TA. Ob auch generell, ist indes fraglich. Die Funke-Gruppe experimentiert derzeit nämlich mit der Produktion der überregionalen Inhalte für ihre Zeitungen in einer Zentralredaktion in Berlin.

Anti-Windkraftkampagne der CDU



Mit Kritik am Ausbau der Windenergie hat die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag eines ihrer Schwerpunktthemen in der Auseinandersetzung mit der rot-rot-grünen Landesregierung gefunden. Zwar wurden alle ca. 750 Windräder, die in Thüringen in Betrieb sind, in der Regierungszeit der CDU genehmigt (noch in deren Koalitionsvereinbarung mit der SPD war 2009 ausdrücklich vermerkt, der Energiebedarf müsse künftig „zunehmend“ aus erneuerbaren Energien – dabei wurde ausdrücklich auch die Windkraft genannt – gedeckt werden), doch das wird unterschlagen. Stattdessen bearbeitet die CDU das Thema kampagnenartig und mit bewusst populistischem Akzent. Seit März 2015 haben vier bis fünf Prozent der Pressemitteilungen der CDU-Fraktion die Anti-Windkraft-Kampagne zum Thema, Tendenz seit Juni steigend. (sw)

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
 Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
 E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
 Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.